

Schriften zum Europäischen Recht

---

Band 197

**Das kollektive Arbeitsrecht vor  
dem Europäischen Komitee  
Sozialer Rechte**

Von

**Dorothea Heil**



**Duncker & Humblot · Berlin**

DOROTHEA HEIL

Das kollektive Arbeitsrecht vor  
dem Europäischen Komitee  
Sozialer Rechte

# Schriften zum Europäischen Recht

Herausgegeben von

**Siegfried Magiera · Detlef Merten**

**Matthias Niedobitek · Karl-Peter Sommermann**

Band 197

# Das kollektive Arbeitsrecht vor dem Europäischen Komitee Sozialer Rechte

Von

Dorothea Heil



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät  
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.  
hat diese Arbeit im Jahr 2019  
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D 25

Alle Rechte vorbehalten  
© 2020 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen  
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0937-6305  
ISBN 978-3-428-15974-1 (Print)  
ISBN 978-3-428-55974-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Es wurden Literatur und Rechtsprechung bis einschließlich April 2019 berücksichtigt.

An dieser Stelle möchte ich denjenigen danken, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Zuerst gebührt mein Dank Herrn Professor Dr. Sebastian Krebber, LL.M. (Georgetown), der als Betreuer und Erstkorrektor stets ein offenes Ohr für meine Fragen hatte und die Entstehung der Arbeit in jedem Stadium durch sehr wertvolle Ratschläge und konstruktive Anregungen förderte. Ohne seine Unterstützung und die günstigen Bedingungen an seinem Lehrstuhl wäre die Arbeit nicht in dieser Form entstanden.

Zudem danke ich Frau Professorin Dr. Katharina von Koppenfels-Spies für die zeitnahe Erstellung des Zweitgutachtens und die konstruktive Kritik. Darüber hinaus danke ich den Herausgebern für die Aufnahme in die Schriftenreihe.

Besonders herzlich bedanke ich mich bei meinen Lehrstuhlkollegen, meinen Freunden sowie meiner Familie, die mich während der Erstellung der Arbeit begleitet und auf vielfältige Weise unterstützt haben. In intensiven Gesprächen und regelmäßigen Mittags- und Teeпаusen haben sie mir wertvolle Denkanstöße gegeben und die Schreiarbeit erheblich aufgelockert. Namentlich nennen möchte ich an dieser Stelle meine Schwester Julia Heil, die mir zahlreiche Perspektivwechsel ermöglichte, und meinen Freund Jannik Rebmann, der die Entstehung der Arbeit nicht nur durch sein technisches Know-How unterstützte.

Mein größter Dank gilt meinen Eltern Ursula und Karl Heil. Sie haben nicht nur meine Ausbildung ermöglicht, sondern mir in jeder Phase auf jede erdenkliche Weise bedingungslosen und liebevollen Rückhalt und Unterstützung gewährt. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Freiburg, Dezember 2019

*Dorothea Heil*





# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	29
A. Gegenstand der Untersuchung .....	29
B. Stand der Forschung und Gang der Untersuchung .....	31
<b>§ 1 Regelung des kollektiven Arbeitsrechts in ESC und RESC</b> .....	33
A. Grundstruktur von ESC und RESC .....	33
I. Einordnung und Aufbau der ESC .....	33
II. Modernisierung der ESC durch die RESC .....	35
B. Normative Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts in der RESC .....	37
I. Materielle Vorschriften zum kollektiven Arbeitsrecht .....	37
II. Mögliche Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der Charta, Art. I RESC .....	45
III. Rechtfertigung von Einschränkungen durch Art. G RESC .....	46
C. Konkretisierung der Vorschriften im Rahmen der Überwachungsverfahren der RESC .....	48
I. Problemaufriss .....	48
II. Ziel und Formen der Überwachungsverfahren .....	48
III. Zweistufigkeit der Überwachungsverfahren .....	51
IV. Aussagekraft der Stellungnahmen des EKSR .....	53
V. Zugänglichkeit und Zitierweise der Stellungnahmen des EKSR .....	55
D. Zwischenergebnis .....	55
<b>§ 2 Das kollektive Arbeitsrecht vor dem EKSR: Eine Bestandsaufnahme</b> .....	56
A. Gang der Untersuchung .....	56
B. Gewährleistung des Vereinigungsrechts, Art. 5 RESC .....	56
I. Rechtsnatur und Zweck der von Art. 5 S. 1 RESC erfassten Vereinigungen ..	57
II. Positive Vereinigungsfreiheit .....	57
III. Negative Vereinigungsfreiheit .....	92

IV. Diskriminierungsschutz als Absicherung der freien Ausübung des Vereinigungsrechts der Arbeitnehmer .....	100
C. Förderung der einvernehmlichen kollektiven Gestaltung von Arbeitsbedingungen .....	105
I. Förderung gemeinsamer Beratungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Art. 6 § 1 RESC .....	105
II. Förderung der freiwilligen Verhandlung von Gesamtarbeitsverträgen, Art. 6 § 2 RESC .....	114
III. Förderung von Vermittlungs- und freiwilligen Schlichtungsverfahren, Art. 6 § 3 RESC .....	140
D. Anerkennung des Rechts auf Kollektivmaßnahmen, Art. 6 § 4 RESC .....	147
I. Zweck der Kollektivmaßnahmen .....	147
II. Kollektivmaßnahmen auf Arbeitnehmerseite .....	149
III. Kollektivmaßnahmen auf Arbeitgeberseite .....	183
E. Zusätzliche Rechte der Arbeitnehmerseite auf Unternehmens- und Betriebsebene .....	186
I. Unterrichts- und Anhörungsrechte .....	186
II. Gewährleistung der Beteiligung an der Festlegung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsumwelt, Art. 22 RESC .....	201
III. Gewährleistung des Schutzes von Arbeitnehmervertretern im Betrieb und Erleichterungen, die ihnen zu gewähren sind, Art. 28 RESC .....	205
F. Zusammenfassung und weiteres Vorgehen .....	209
<b>§ 3 Analyse der Auslegungsergebnisse und ihrer Begründung .....</b>	<b>211</b>
A. Konsistenz der Auslegungsergebnisse des EKSR .....	211
I. Präzisierung der Staatenverpflichtungen .....	211
II. Stringenz und Widerspruchsfreiheit der Auslegungsergebnisse .....	229
III. Zwischenergebnis .....	239
B. Begründung der Auslegungsergebnisse durch das EKSR .....	239
I. Vom EKSR angewandte Auslegungsmethoden und -maßstäbe .....	240
II. Qualität der Argumentation .....	291
III. Zwischenergebnis .....	303
C. Mögliche Bedeutung der Untersuchungsergebnisse für künftige Stellungnahmen des EKSR .....	303
I. Bedeutung für bereits vom EKSR entschiedene Sachfragen .....	303
II. Bedeutung für noch nicht beurteilte Sachfragen .....	304
<b>Ergebnisse der Untersuchung .....</b>	<b>310</b>

Inhaltsübersicht

11

**Anhang** ..... 312

**Literaturverzeichnis**..... 316

**Sachregister** ..... 335



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	29
A. Gegenstand der Untersuchung .....	29
B. Stand der Forschung und Gang der Untersuchung .....	31
<b>§ 1 Regelung des kollektiven Arbeitsrechts in ESC und RESC</b> .....	33
A. Grundstruktur von ESC und RESC .....	33
I. Einordnung und Aufbau der ESC .....	33
II. Modernisierung der ESC durch die RESC .....	35
B. Normative Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts in der RESC .....	37
I. Materielle Vorschriften zum kollektiven Arbeitsrecht .....	37
1. Kernvorschriften im Sinne von Art. A RESC .....	37
a) Das Vereinigungsrecht, Art. 5 RESC .....	37
b) Das Recht auf Kollektivverhandlungen, Art. 6 RESC .....	38
aa) Struktur von Art. 6 RESC .....	38
bb) Förderung gemeinsamer Beratungen, Art. 6 § 1 RESC .....	39
cc) Förderung freiwilliger Verhandlungen von Gesamtarbeitsverträgen, Art. 6 § 2 RESC .....	39
dd) Förderung von Vermittlungs- und Schlichtungsverfahren, Art. 6 § 3 RESC .....	39
ee) Das Recht auf Kollektivmaßnahmen, Art. 6 § 4 RESC .....	40
2. Ergänzende Vorschriften .....	41
a) Gleichbehandlung von Wanderarbeitnehmern bei Gewerkschaftsrech- ten, Art. 19 § 4b RESC .....	41
b) Das Recht auf Unterrichtung und Anhörung, Art. 21 RESC .....	41
c) Das Recht auf Beteiligung an der Festlegung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Art. 22 RESC .....	42
d) Das Recht der Arbeitnehmervertreter auf Schutz im Betrieb und Erleichterungen, die ihnen zu gewähren sind, Art. 28 RESC .....	43
e) Das Recht auf Unterrichtung und Anhörung bei Massenentlassungen, Art. 29 RESC .....	44
II. Mögliche Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der Charta, Art. I RESC .....	45
III. Rechtfertigung von Einschränkungen durch Art. G RESC .....	46

C. Konkretisierung der Vorschriften im Rahmen der Überwachungsverfahren der RESC .....	48
I. Problemaufriss .....	48
II. Ziel und Formen der Überwachungsverfahren .....	48
1. Berichtsverfahren .....	48
2. Beschwerdeverfahren .....	50
III. Zweistufigkeit der Überwachungsverfahren .....	51
1. Rechtliche Beurteilung der nationalen Situation durch das EKSR .....	51
2. Politische Beurteilung der Stellungnahme des EKSR durch das Ministerkomitee .....	53
IV. Aussagekraft der Stellungnahmen des EKSR .....	53
V. Zugänglichkeit und Zitierweise der Stellungnahmen des EKSR .....	55
D. Zwischenergebnis .....	55
<b>§ 2 Das kollektive Arbeitsrecht vor dem EKSR: Eine Bestandsaufnahme .....</b>	<b>56</b>
A. Gang der Untersuchung .....	56
B. Gewährleistung des Vereinigungsrechts, Art. 5 RESC .....	56
I. Rechtsnatur und Zweck der von Art. 5 S. 1 RESC erfassten Vereinigungen ..	57
II. Positive Vereinigungsfreiheit .....	57
1. Individuelle positive Vereinigungsfreiheit .....	58
a) Gründung von Vereinigungen .....	58
aa) Zur Gründung von Vereinigungen berechnete Personen .....	58
(1) Arbeitnehmer und Arbeitgeber .....	58
(2) Rentner und Arbeitslose .....	58
(3) Selbständige .....	59
(4) Einschränkung der persönlichen Anwendungsbereichs der Vereinigungsfreiheit .....	59
(a) Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit Angehöriger anderer Staaten .....	60
(b) Einschränkungen im allgemeinen öffentlichen Dienst ..	61
(c) Einschränkungen durch Art. 5 S. 2 und 3 RESC .....	62
(aa) Beschränkung des Vereinigungsrechts Polizeiangehöriger aufgrund Art. 5 S. 2 RESC .....	63
(bb) Beschränkung des Vereinigungsrechts Militärangehöriger aufgrund Art. 5 S. 3 RESC .....	64
(cc) Kriterien der Zuordnung zu Art. 5 S. 2 und 3 RESC	65
bb) Regelung der Gründung von Vereinigungen .....	66
(1) Grundsatz der Gründungsfreiheit .....	67

(2) Ausgestaltung der Gründung .....	67
(a) Grundsätzliche Zulässigkeit von Gründungsanforderungen .....	68
(b) Pflicht zum Erreichen einer Mindestmitgliederzahl .....	68
(aa) Mindestmitgliederzahl für die Gründung von Gewerkschaften .....	68
(bb) Mindestmitgliederzahl für die Gründung von Arbeit- geberorganisationen .....	69
(c) Anzeige- und Registrierungspflichten .....	70
b) Beitritt zu bestehenden Vereinigungen .....	72
2. Kollektive positive Vereinigungsfreiheit .....	73
a) Verbandsautonomie .....	73
aa) Freie Regelung der inneren Angelegenheiten .....	73
bb) Bestimmung von Vertretern und Amtsinhabern .....	74
(1) Grundsatz der Wahlfreiheit .....	74
(2) Einschränkung der Wahlfreiheit .....	75
(a) Wählbarkeit bei Interessenkonflikten .....	75
(b) Wählbarkeit von Ausländern .....	76
cc) Finanzierung der Vereinigung und ihrer Aktivitäten .....	77
(1) Beitragserhebung .....	77
(2) Vermögensverwaltung .....	77
dd) Bildung von Dachverbänden .....	78
ee) Inhaltliche Unabhängigkeit der Vereinigung von Dritten .....	79
b) Betätigungsrechte .....	80
aa) Grundsatz der Betätigungsfreiheit .....	80
bb) Mindestanforderungen an die Betätigungsrechte .....	81
(1) Vertretung der Mitgliederinteressen .....	81
(2) Zutritts- und Versammlungsrechte von Gewerkschaften .....	82
cc) Einschränkung der Betätigungsfreiheit .....	83
(1) Einschränkung der Betätigungsrechte durch Repräsentativitäts- kriterien .....	83
(a) Zweck der Aufstellung von Repräsentativitätskriterien ..	83
(b) Zulässige Repräsentativitätskriterien .....	84
(c) Entscheidung über das Vorliegen der Repräsentativität ..	86
(d) Folgen der Repräsentativität .....	87
(2) Einschränkungen der Betätigungsrechte für Gewerkschaften Polizei- und Militärangehöriger .....	88
c) Bestandsgarantie .....	89
3. Absicherung und Förderung der positiven Vereinigungsfreiheit .....	89
a) Absicherung der Vereinigungsfreiheit .....	90



aa) Schutz vor Eingriffen Dritter .....	90
bb) Einsatz von Kontrollgremien .....	91
b) Fördermaßnahmen .....	91
III. Negative Vereinigungsfreiheit .....	92
1. Problemaufriss .....	92
2. Individuelle negative Vereinigungsfreiheit .....	92
a) Verankerung der negativen Vereinigungsfreiheit in Art. 5 RESC .....	92
b) Formen des Beitrittsdrucks .....	93
aa) Beitrittsdruck durch <i>closed-shop</i> -Klauseln .....	93
(1) Problemaufriss .....	93
(2) Bewertung der <i>closed-shop</i> -Klauseln durch das EKSR .....	95
bb) Beitrittsdruck durch anderweitige Bevorzugung von Mitgliedern .....	96
(1) Beitrittsdruck auf Arbeitnehmerseite .....	96
(2) Beitrittsdruck auf Arbeitgeberseite .....	97
cc) Beitrittsdruck durch finanzielle Benachteiligung von Nichtmitgliedern .....	97
c) Zulässige Zwangsmitgliedschaften .....	98
3. Kollektive negative Vereinigungsfreiheit .....	99
IV. Diskriminierungsschutz als Absicherung der freien Ausübung des Vereinigungsrechts der Arbeitnehmer .....	100
1. Verbot von Ungleichbehandlungen .....	100
a) Allgemeines Diskriminierungsverbot .....	100
b) Besondere Anforderungen an das Verbot diskriminierender Kündigungen .....	102
aa) Allgemeines Verbot von Kündigungen im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft oder -aktivität .....	102
bb) Besonderer Kündigungsschutz von Arbeitnehmervertretern .....	102
2. Umsetzung des Diskriminierungsverbots .....	103
a) Verankerung des Diskriminierungsverbots im nationalen Recht .....	103
b) Folgen vorgefallener Diskriminierungen .....	104
C. Förderung der einvernehmlichen kollektiven Gestaltung von Arbeitsbedingungen .....	105
I. Förderung gemeinsamer Beratungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Art. 6 § 1 RESC .....	105
1. Inhalt und Form der Beratungen .....	105
a) Beratungsgegenstände .....	106
b) An den Beratungen zu Beteiligende .....	107
aa) Arbeitnehmer und Arbeitgeber .....	107
bb) Beteiligung Dritter .....	109

c) Ausgestaltung des Beratungsverfahrens und Absicherung der Beratungsergebnisse .....	110
2. Reichweite und Inhalt der staatlichen Förderungspflicht .....	112
II. Förderung der freiwilligen Verhandlung von Gesamtarbeitsverträgen, Art. 6 § 2 RESC .....	114
1. Zweck der Kollektivvertragsverhandlungen .....	114
2. An den Vertragsverhandlungen Beteiligte .....	115
a) Arbeitnehmerseite .....	115
aa) Verhandlungsrecht als Kernrecht der Gewerkschaften .....	115
bb) Berechtigung zum Kollektivvertragsschluss .....	116
(1) Anerkennung der Kollektivvertragsfähigkeit .....	116
(2) Erfordernis einer Verhandlungslizenz .....	117
(3) Befugnis zum Abschluss von Kollektivverträgen bei Konkurrenz mehrerer Gewerkschaften .....	118
(4) Einschränkungen der Kollektivvertragsfähigkeit .....	119
(a) Einschränkung durch Repräsentativitätskriterien .....	119
(b) Einschränkungen im öffentlichen Dienst .....	120
cc) Anerkennung der Arbeitnehmervertreter als Verhandlungspartner durch die Arbeitgeberseite .....	121
b) Arbeitgeberseite .....	122
c) Beteiligung Dritter .....	123
3. Gegenstände der Vertragsverhandlungen .....	123
a) Bestimmung der Verhandlungsgegenstände durch die Verhandlungspartner .....	123
b) Beschränkung der Verhandlungsgegenstände durch den Staat .....	125
aa) Allgemeine Einschränkungsmöglichkeiten .....	125
bb) Besondere Beschränkungen während wirtschaftlicher Krisen .....	126
4. Ausgestaltung des Verhandlungsverfahrens .....	127
a) Offenheit von Art. 6 § 2 RESC .....	127
b) Freiwilligkeit der Verhandlungen .....	128
c) Schutz des Verhandlungsprozesses .....	128
5. Geltung der geschlossenen Kollektivverträge .....	129
a) Zeitliche Gültigkeit .....	129
aa) Inkrafttreten .....	129
bb) Geltungsdauer .....	130
cc) Verlängerung der Geltungsdauer durch hoheitliche Maßnahmen .....	131
b) Persönlicher Geltungsbereich .....	131
aa) Relevanz der Vereinigungszugehörigkeit für die persönliche Anwendbarkeit .....	131

bb) Ausdehnung des persönlichen Geltungsbereichs durch Allgemeinverbindlicherklärung .....	132
cc) Ausschluss ausländischer Arbeitnehmer vom persönlichen Geltungsbereich .....	133
c) Abweichungen vom Kollektivvertrag durch den Arbeitgeber .....	134
d) Zusammentreffen von Kollektivverträgen mehrerer Gewerkschaften ..	135
6. Verpflichtungen des Staates aus Art. 6 § 2 RESC .....	136
a) Anerkennung des Verhandlungsrechts .....	136
b) Förderung von Kollektivvertragsverhandlungen .....	137
aa) Notwendigkeit von Fördermaßnahmen .....	137
bb) Beispiele möglicher Fördermaßnahmen .....	139
III. Förderung von Vermittlungs- und freiwilligen Schlichtungsverfahren,	
Art. 6 § 3 RESC .....	140
1. Zweck und Gestaltung der Konfliktlösungsverfahren .....	140
2. Ausgestaltung des Verfahrens .....	141
a) Gestaltungsspielräume .....	141
b) Freiwilligkeit der Verfahren .....	142
aa) Ausgestaltung von Verfahren ohne bindende Ergebnisse .....	142
bb) Ausgestaltung von Verfahren mit bindenden Ergebnissen .....	143
(1) Grundsatz der freiwilligen Aufnahme des Verfahrens .....	143
(2) Ausnahme von der Freiwilligkeit durch Zwangsverfahren ..	144
3. Staatliche Förderung der Konfliktlösung .....	146
a) Notwendigkeit staatlicher Fördermaßnahmen .....	146
b) Beispiele möglicher Fördermaßnahmen .....	146
D. Anerkennung des Rechts auf Kollektivmaßnahmen, Art. 6 § 4 RESC .....	147
I. Zweck der Kollektivmaßnahmen .....	147
II. Kollektivmaßnahmen auf Arbeitnehmerseite .....	149
1. Schwerpunkte der Spruchpraxis des EKSR .....	149
2. Formen der Kollektivmaßnahmen .....	150
3. Gegenstände des Konflikts .....	151
4. Adressat der Kollektivmaßnahmen .....	153
5. Träger der Rechte aus Art. 6 § 4 RESC auf Arbeitnehmerseite .....	153
a) Träger des Teilnahmerechts .....	153
b) Träger des Ausrufungsrechts .....	154
6. Ausgestaltung der Streikausübung .....	156
a) Zulässigkeit bloßer Ausgestaltungen .....	156
b) Einhaltung von <i>cooling-off</i> -Perioden und Ausschöpfung friedlicher Streitbeilegungsmethoden .....	156

c)	Abstimmung über den Streik .....	158
d)	Ankündigung des beschlossenen Streiks .....	159
e)	Pflichten bei Durchführung des Streiks .....	161
7.	Beschränkungen des Streikrechts .....	162
a)	Rahmen für Beschränkungen .....	162
aa)	Zulässigkeit und Rechtfertigung von Beschränkungen des Streikrechts .....	162
bb)	Besonderer Rechtfertigungsmaßstab bei Einschränkungen des Streikrechts in der Daseinsvorsorge .....	162
b)	Ausschlüsse von Streiks .....	164
aa)	Begrenzte Streikverbote durch eine Friedenspflicht .....	164
bb)	Grundsätzliche Streikverbote für bestimmte Berufsgruppen .....	165
(1)	Möglichkeit der Rechtfertigung genereller Streikverbote .....	165
(2)	Vom EKSR untersuchte Streikverbote bestimmter Berufsgruppen .....	166
(a)	Ausschluss des Streikrechts bei Ausübung von Hoheitsgewalt .....	166
(b)	Ausschluss des Streikrechts in der Daseinsvorsorge .....	168
cc)	Staatliche Untersagung von Streiks im Einzelfall .....	169
(1)	Rechtsgrundlage für die Untersagung von Streiks .....	169
(2)	Inhaltliche Anforderungen an die Untersagung einzelner Streiks .....	170
(a)	Durch das Streikverbot geschützte Rechtsgüter .....	170
(b)	Notwendigkeit des Streikverbots .....	170
(3)	Kasuistik des EKSR .....	172
c)	Beschränkung des Streikrechts durch Notdienste .....	174
aa)	Voraussetzungen für die Errichtung von Notdiensten .....	175
bb)	Am Errichtungsverfahren Beteiligte .....	175
cc)	Umfang der Notdienste .....	176
dd)	Folgen der Nichterbringung von Notdiensten .....	176
8.	Folgen der Streikteilnahme .....	177
a)	Folgen der Teilnahme an einem rechtmäßigen Streik .....	177
aa)	Auswirkung der Streikteilnahme auf das Arbeitsverhältnis .....	177
(1)	Fortbestand des Arbeitsverhältnisses .....	177
(2)	Verbot von Kündigungen wegen Streikteilnahme .....	178
(a)	Notwendigkeit eines Kündigungsverbots .....	178
(b)	Persönlicher und zeitlicher Umfang des Kündigungsverbots .....	179
(c)	Folgen einer dennoch erfolgten Kündigung .....	180
(3)	Kürzung des Entgelts und anderer Ansprüche .....	180

bb) Straf- und zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Streikenden . . . . .	181
b) Folgen der Teilnahme an einem rechtswidrigen Streik . . . . .	182
9. Anforderung an die Umsetzung der Verpflichtungen aus Art. 6 § 4 RESC . . . . .	182
III. Kollektivmaßnahmen auf Arbeitgeberseite . . . . .	183
1. Schutz von Kollektivmaßnahmen auf Arbeitgeberseite durch Art. 6 § 4 RESC . . . . .	183
2. Ausgestaltungen und Beschränkungen des Aussperrungsrechts . . . . .	184
3. Folgen der Aussperrung . . . . .	185
E. Zusätzliche Rechte der Arbeitnehmerseite auf Unternehmens- und Betriebsebene . . . . .	186
I. Unterrichts- und Anhörungsrechte . . . . .	186
1. Unterrichts- und Anhörungsrechte in Unternehmen, Art. 21 RESC . . . . .	186
a) Anwendungsbereich der Vorschrift . . . . .	186
aa) Unternehmen in privater und öffentlicher Hand . . . . .	186
bb) Konkretisierung der durch den Anhang zu Art. 21 RESC vorge- sehene Ausnahmen . . . . .	187
b) Träger der Rechte aus Art. 21 RESC . . . . .	188
c) Materielle Rechte . . . . .	190
aa) Unterrichtsrecht, Art. 21 lit. a RESC . . . . .	190
bb) Anhörungsrecht, Art. 21 lit. b RESC . . . . .	191
d) Umsetzung der Verpflichtungen aus Art. 21 RESC . . . . .	192
2. Gewährleistung der Unterrichtung und Anhörung in den Verfahren bei Massenentlassungen, Art. 29 RESC . . . . .	193
a) Anwendungsbereich der Vorschrift . . . . .	193
aa) Vorliegen einer Massenentlassung . . . . .	193
bb) Erfasste Unternehmen . . . . .	195
b) Zu beteiligende Arbeitnehmervertreter . . . . .	195
c) Ausgestaltung der Unterrichts- und Anhörungsverfahren . . . . .	196
aa) Umsetzung durch die Staaten . . . . .	196
bb) Gestaltungsspielräume und Grenzen bei der Umsetzung des Unter- richtungsrechts . . . . .	196
(1) Inhalt des Unterrichtsrechts . . . . .	196
(2) Zeitliche Ausgestaltung des Unterrichtsrechts . . . . .	197
cc) Gestaltungsspielräume und Grenzen bei der Umsetzung des Anhö- rungsrechts . . . . .	197
(1) Inhalt des Anhörungsrechts . . . . .	197
(2) Zeitliche Ausgestaltung des Anhörungsrechts . . . . .	199
d) Absicherung der Unterrichts- und Anhörungsrechte . . . . .	199
e) Folgen einer Verletzung der Unterrichts- und Anhörungsrechte . . . . .	200
aa) Folgen einer Verfahrensverletzung für den Arbeitgeber . . . . .	200
bb) Folgen einer Verfahrensverletzung für die entlassenen Arbeitnehmer . . . . .	200

II. Gewährleistung der Beteiligung an der Festlegung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsumwelt, Art. 22 RESC .....	201
1. Zu beteiligende Arbeitnehmervertreter .....	201
2. Gegenstände der Beteiligung .....	202
3. Verfahren der Beteiligung .....	203
4. Folgen von Verstößen gegen Beteiligungsverfahren .....	204
III. Gewährleistung des Schutzes von Arbeitnehmervertretern im Betrieb und Erleichterungen, die ihnen zu gewähren sind, Art. 28 RESC .....	205
1. Anwendungsbereich .....	205
2. Materielle Rechte .....	206
a) Schutz der Vertreter vor Benachteiligungen .....	206
b) Gewährung von Erleichterungen .....	208
3. Umsetzung der Verpflichtungen aus Art. 28 RESC .....	209
F. Zusammenfassung und weiteres Vorgehen .....	209
<b>§ 3 Analyse der Auslegungsergebnisse und ihrer Begründung .....</b>	<b>211</b>
A. Konsistenz der Auslegungsergebnisse des EKSR .....	211
I. Präzisierung der Staatenverpflichtungen .....	211
1. Abgestufte Vorgaben bei der Realisierung von Kern- und Nebenbereichen .....	211
a) Unterscheidung von Kern- oder Nebenbereich .....	211
b) Zuordnung einzelner Aspekte zu Kern- und Nebenbereichen .....	212
aa) Ausdrücklich benannte Kernbereichsaspekte der RESC .....	212
bb) Kernbereichsähnliche Aspekte .....	213
cc) Vom Kernbereich ausdrücklich ausgenommene Aspekte .....	214
c) Kritische Würdigung .....	214
aa) Zuordnungskriterien .....	214
(1) Orientierung am Telos der RESC .....	214
(2) Orientierung an allgemein anerkannten Mindeststandards .....	215
bb) Folge der Zuordnung .....	216
d) Zwischenergebnis .....	218
2. Gründe für nicht vollumfänglich präzierte Stellungnahmen .....	218
a) In den materiellen Rechten angelegte Gründe .....	218
aa) Auswirkung der Natur der gewährten Grundrechte .....	218
(1) In Wortlaut und Charakter der RESC angelegte Offenheit .....	218
(2) Begrenzung der Offenheit .....	220
bb) Spielräume bei der Beurteilung von Einschränkungen .....	221
(1) Problemaufriss .....	221
(2) Präzisierung der durch den Eingriff zu schützenden Güter .....	222

(3) Beurteilung der Notwendigkeit eines Eingriffs	223
(4) Kritische Würdigung	224
b) Im Berichtsverfahren angelegte Gründe	225
aa) Lückenhaftigkeit der Berichte	225
bb) Auslassen von möglichen Stellungnahmen	227
cc) Unklare Verwertung von Informationen	228
3. Zwischenergebnis	228
II. Stringenz und Widerspruchsfreiheit der Auslegungsergebnisse	229
1. Konsequenz durch Selbstbindung des EKSR	229
2. Widersprüche und Inkonsistenzen in den Auslegungsergebnissen	230
a) Anforderungen an den Nachweis der Konformität	230
b) Widersprüche im Rahmen der Vereinigungsfreiheit, Art. 5 RESC	231
aa) Positive Vereinigungsfreiheit	231
bb) Negative Vereinigungsfreiheit	232
cc) Über Art. 5 S. 2 und 3 RESC zulässige Einschränkungen	232
c) Widersprüche bei der Bewertung von Kollektivverträgen, Art. 6 § 2 RESC	233
d) Anforderungen an die Freiwilligkeit von Schiedsverfahren, Art. 6 § 3 RESC	234
e) Widersprüche im Rahmen des Streikrechts, Art. 6 § 4 RESC	234
aa) Ausgestaltung des Streikrechts	235
(1) Beschränkung des Streikaufrufungsrechts auf Gewerkschaften	235
(2) Umfang von Cooling-off-Phasen	235
(3) Abstimmung über die Durchführung von Arbeitskampfmaßnahmen	236
bb) Zulässigkeit einer Friedenspflicht	237
cc) Eingriffe des Staates	237
dd) Gehaltsabzüge bei Teilnahme an einem rechtmäßigen Streik	238
ee) Schutz des Aussperrungsrechts	238
3. Zwischenergebnis	239
III. Zwischenergebnis	239
B. Begründung der Auslegungsergebnisse durch das EKSR	239
I. Vom EKSR angewandte Auslegungsmethoden und -maßstäbe	240
1. Problemaufriss	240
2. Auslegungsmethoden	241
a) Grammatische Auslegung	241
aa) Autonomes Begriffsverständnis des EKSR	241
bb) Nutzung des Wortlautarguments durch das EKSR	243

b) Teleologische Auslegung	244
aa) Anhaltspunkte für die Bestimmung des Telos	244
bb) Telos der RESC	245
cc) Telos der Vorschriften zum kollektiven Arbeitsrecht	247
c) Systematische Auslegung	247
aa) Grundzüge der Methode	247
bb) Systematik innerhalb der RESC	248
(1) Inhaltliche Überschneidungen und Abgrenzungen der Normen zum kollektiven Arbeitsrecht	248
(a) Überschneidungen innerhalb Art. 6 RESC	248
(b) Überschneidungen von Art. 5 und 6 RESC	249
(c) Zusammenspiel weiterer Vorschriften des kollektiven Arbeitsrechts	251
(2) Einflüsse von Normen der RESC außerhalb des kollektiven Arbeitsrechts	252
cc) Betrachtung des systematischen Zusammenhangs mit internationa- len Vorschriften außerhalb der RESC	253
(1) Bestimmung der relevanten Vorschriften	253
(2) Heranziehung der Europäischen Menschenrechtskonvention	255
(a) Grundzüge der EMRK sowie Vorgaben zum kollektiven Arbeitsrecht	255
(b) Verhältnis von RESC und EMRK	256
(aa) Grundsätzliche Trennung von RESC und EMRK	256
(bb) Anknüpfungspunkte für eine Beachtung der EMRK bei der Auslegung der RESC	257
(c) Auseinandersetzung des EKSR mit der Rechtsprechung des EGMR	258
(aa) Negative Vereinigungsfreiheit	258
(bb) Anerkennung der EMRK als Maßstab	259
(d) Parallelen in der zur Auslegung der Vorschriften ange- wandten Methodik	260
(e) Bedeutung des EGMR als Tatsachen-Erkenntnisquelle	260
(3) Heranziehung von Konventionen der ILO	261
(a) Vorgaben des kollektiven Arbeitsrechts in der ILO	261
(b) Anknüpfungspunkte für die Beachtung der Normen der ILO	263
(c) Ausdrückliches Berufen des EKSR auf ILO-Dokumente	265
(d) Übereinstimmende Beurteilung unter Nennung von ILO-Dokumenten	266
(e) Bloße Kenntnisnahme von ILO-Informationen	268



(f)	Nachträgliche Anführung von ILO-Spruchpraxis	269
(4)	Heranziehung des Rechts der Europäischen Union	270
(a)	Anknüpfungspunkte für eine Berücksichtigung des Unionsrechts	270
(b)	Bloße Nennung der Unionsvorschrift durch das EKSR	271
(c)	Kein Gleichlauf von Unionsrecht und RESC	272
(5)	Heranziehung weiterer internationaler Vorschriften	274
dd)	Kritische Würdigung der systematischen Auslegung	275
d)	Horizontale Rechtsvergleichung nationaler Vorschriften	277
aa)	Grundzüge der Methode	277
bb)	Horizontale Rechtsvergleichung durch das EKSR	278
(1)	Verdeckte und ausbleibende Rechtsvergleichung	278
(2)	Rechtsvergleichung bei der Bestimmung des Schutzbereichs einer Norm	279
(3)	Rechtsvergleichung bei der Notwendigkeit von Einschränkungen	279
e)	Historische Auslegung	280
f)	Auswertung der Anwendung etablierter Auslegungsmethoden	281
aa)	Gang der Auswertung	281
bb)	Häufigkeit der Nennung von Auslegungsmethoden	282
(1)	Absolute Häufigkeit der Nennung von Auslegungsmethoden	282
(2)	Relative Häufigkeit der Nennung der jeweiligen Auslegungsmethode	282
(3)	Zeitliche Verteilung der Anführung von Auslegungsmethoden	283
(4)	Verteilung der Anführung von Auslegungsmethoden nach Sachgebieten	284
cc)	Überzeugungskraft der Anwendung der Methoden	284
3.	Auslegungsmaßstäbe	286
a)	Objektiver und subjektiver Auslegungsmaßstab	286
b)	Restriktive und extensive Auslegung	287
c)	Berücksichtigung des nationalen Gesamtzusammenhangs	289
aa)	Absehen von der Feststellung eines Verstoßes aufgrund des Gesamtzusammenhangs	289
bb)	Begründung eines Verstoßes mit dem Gesamtzusammenhang	290
4.	Zwischenergebnis	291
II.	Qualität der Argumentation	291
1.	Qualität der Argumentation in Berichtsverfahren	292
a)	Beispiele überzeugender Argumentation	292
b)	Konstellationen ohne überzeugende Begründung	292

aa) Vollständiges Fehlen einer Begründung .....	292
(1) Darlegung von Argumenten nur in Ausnahmefällen .....	292
(2) Unbegründete Änderung der Spruchpraxis .....	293
(3) Übergehen vorgebrachter Argumente .....	295
bb) Anführen nicht nachvollziehbarer Argumente .....	296
cc) Vernachlässigung der Sachverhaltsdarstellung .....	297
dd) Vorliegen sprachlicher Barrieren .....	297
ee) Fehlbewertung vorliegender Informationen .....	298
ff) Missachtung nationaler Besonderheiten .....	299
c) Zwischenergebnis .....	300
2. Qualität der Argumentation in Beschwerdeverfahren .....	300
3. Zwischenergebnis .....	302
III. Zwischenergebnis .....	303
C. Mögliche Bedeutung der Untersuchungsergebnisse für künftige Stellungnahmen des EKSR .....	303
I. Bedeutung für bereits vom EKSR entschiedene Sachfragen .....	303
II. Bedeutung für noch nicht beurteilte Sachfragen .....	304
1. Vorgehensweise .....	304
2. Vorliegen von Lücken .....	304
a) Lücken in der Bestimmung des Anwendungsbereichs der RESC ....	304
b) Lücken in Art. 5 RESC .....	305
c) Lücken in Art. 6 § 2 RESC .....	305
d) Lücken in Art. 6 § 4 RESC .....	306
3. Bedeutung der Untersuchungsergebnisse für die Füllung der Lücken ...	307
<b>Ergebnisse der Untersuchung .....</b>	<b>310</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>312</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>316</b>
<b>Sachregister .....</b>	<b>335</b>

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht
AuR	Arbeit und Recht
BABl.	Bundesarbeitsblatt
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BT-Drs.	Bundestag-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CEACR	ILO Committee of Experts on the Application of Conventions and Recommendations
CFoA	ILO Committee on Freedom of Association
CGT	Confédération générale du travail
CLLPJ	Comparative Labor Law & Policy Journal
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
dies.	dieselbe
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKSR	Europäisches Komitee Sozialer Rechte
EJIL	European Journal of International Law
ELLJ	European Labour Law Journal
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention vom 4.11.1950, SEV Nr. 5
ESC	Europäischen Sozialcharta vom 15.10.1961, SEV Nr. 35
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union

EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
f./ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GYIntL	German Yearbook of International Law
HRLR	Human Rights Law Review
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HUDOC	Human Rights Documentation
i. S.	im Sinne
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
ILO	International Labour Organization
ILR	International Labour Review
insb.	insbesondere
IPbpr	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
JbArbR	Jahrbuch des Arbeitsrechts
JWT	Journal of World Trade
JZ	Juristenzeitung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift
lit.	litera
LRIL	London Review of International Law
m. w. N.	Mit weiteren Nachweisen
MPI	Max-Planck-Institut
No.	Nummer
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-Beil.	Beilage zur Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht
RdA	Recht der Arbeit
RESC	revidierte Europäische Sozialcharta vom 3.5.1996, SEV Nr. 163
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Satz/Seite
s.	Siehe
SEV	Sammlung der Europäischen Verträge
SR	Soziales Recht
TVG	Tarifvertragsgesetz
u. a.	und andere
ULB	Université Libre de Bruxelles
UN	United Nations
vgl.	Vergleich
Vol.	Band
WissZeitVG	Wissenschaftszeitvertragsgesetz
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
ZAAR	Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht

ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZIAS	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht
ZP	Zusatzprotokoll zur Europäischen Sozialcharta vom 5.5.1988, SEV Nr. 128
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

# Einleitung

## A. Gegenstand der Untersuchung

Der Europarat hat seit seiner Gründung am 5.5.1949 die Aufgabe, einen engeren Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen, unter anderem um deren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu begünstigen.<sup>1</sup> Dieses Ziel versucht er auch durch den Abschluss von Abkommen zum Schutz und zur Weiterentwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu erreichen.<sup>2</sup> Während mit der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK)<sup>3</sup> bereits am 4.11.1950 der erste Meilenstein für den Schutz von Freiheitsgrundrechten auf dieser regionalvölkerrechtlichen Ebene gesetzt wurde, wurde erst knapp elf Jahre später am 18.10.1961 die Europäische Sozialcharta (ESC)<sup>4</sup> zum Schutz sozialer Rechte beschlossen.<sup>5</sup> Die ESC soll soziale Probleme minimieren und andere Übereinkommen ergänzen, allen voran die EMRK als „große Schwester“.<sup>6</sup> Ihre Ausarbeitung beanspruchte

---

<sup>1</sup> Art. 1 lit. a der Satzung des Europarates, SEV Nr. 1.

<sup>2</sup> Art. 1 lit. b der Satzung des Europarates.

<sup>3</sup> Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, SEV Nr. 5.

<sup>4</sup> SEV Nr. 35.

<sup>5</sup> Zur Geschichte siehe *Asbeck*, in: Baugniet u. a. (Hrsg.), *Mélanges offerts à Henri Rolin*, S. 427 (427 ff.); *Cottier*, Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der europäischen Sozialcharta, S. 36 ff.; *Dumke*, Streikrecht i. S. des Art. 6 Nr. 4 ESC und deutsches Arbeitskämpfrecht, S. 7 ff.; *Harris/Darcy*, The European Social Charter, S. 1 ff.; *Heyde*, AuR 1962, 70 (70 f.); *Mitscherlich*, Das Arbeitskämpfrecht der Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Sozialcharta, S. 18 ff.; *Neubeck*, Die Europäische Sozialcharta und deren Protokolle, S. 56 ff.; *Novitz*, International and European Protection of the Right to Strike, S. 136 ff.; *Schambeck*, Grundrechte und Sozialordnung, S. 49 ff.; *Tennfjord*, *Annuaire Européen* 1961, 71 (71 ff.).

<sup>6</sup> Vgl. Punkt 1 und 2 der Präambel der ESC; Mitteilung des Ministerkomitees an die Beratende Versammlung des Europarats vom 20.05.1954, Dokument Nr. 238 Rn. 45; *Agnelli*, in: Agnelli u. a. (Hrsg.), Die Europäische Sozialcharta, S. 69 (71); *Berenstein*, in: Agnelli u. a. (Hrsg.), Die Europäische Sozialcharta, S. 15 (49 ff.); *Birk*, in: Becker/Baron von Maydell/Nußberger (Hrsg.), Die Implementierung internationaler Sozialstandards, S. 39 (40); *Bohling*, in: von Hauff/Pfister-Gaspary (Hrsg.), Internationale Sozialpolitik, S. 17 (17 ff.); *Jäger*, in: Schmuck (Hrsg.), Vierzig Jahre Europarat, S. 195 (202); *Lörcher*, in: Däubler (Hrsg.), Arbeitskämpfrecht, § 10 Rn. 20; *Machacek*, in: Matscher (Hrsg.), Die Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Grundrechte, S. 21 (45); *Neubeck*, Die Europäische Sozialcharta und deren Protokolle, S. 55; *Öhlinger*, in: Nowak (Hrsg.), FS Ermacora, S. 213 (213 f. m. w. N.); *Pischel*, Die Bedeutung der europäischen Sozialcharta für das Recht in der Bundesrepublik Deutschland, S. 2 f., 5; *Rieber*, Europäische Sozial-Charta, S. 6, 11; *Schambeck*, Grundrechte und Sozialordnung, S. 51 f.; *Sommermann*, Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarates, S. 5; *Wiebringhaus*, in: Baer-Kaupert/Leistner/Schwaiger (Hrsg.), *Liber Amicorum B. C. H. Aubin*, S. 265 (266).

über acht Jahre, weil der Europarat einerseits hohe Anforderungen an den Inhalt der Charta stellte, andererseits aber unterschiedlichste nationale Rechtssysteme, Gepflogenheiten und wirtschaftliche sowie soziale Entwicklungsstände zu berücksichtigen hatte.<sup>7</sup> Die umfangreichen Vorarbeiten spiegeln die Schwierigkeiten der Konsensfindung wider.<sup>8</sup>

Die ESC ist der erste völkerrechtliche Vertrag, der soziale Grundsätze und Grundrechte systematisch festschreibt.<sup>9</sup> Damit ist sie ebenso wie ihre überarbeitete Version, die Revidierte Europäische Sozialcharta (RESC) vom 3.5.1996<sup>10</sup>, ein Beitrag des regionalen Völkerrechts zur Gestaltung eines gemeinsamen und gerechten sozialen Weltbildes.<sup>11</sup> Essentieller Baustein der sozialen Gerechtigkeit ist die Kollektivierung der Interessen im Arbeitsleben, die durch die Verhinderung einseitig diktiert Arbeitsbedingungen in erster Linie dem Schutz der Arbeitnehmer dient.<sup>12</sup> Daneben haben die Gewährleistungen des kollektiven Arbeitsrechts große politische und wirtschaftliche Bedeutung.<sup>13</sup> Dementsprechend gewährleisten sowohl ESC als auch RESC das Recht aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber „auf Freiheit zur Vereinigung in nationalen und internationalen Organisationen zum Schutz ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen“<sup>14</sup> sowie deren „Recht auf Kollektivverhandlungen“<sup>15</sup>. Was dies im Einzelnen bedeutet, und wie dieses Verständnis begründet wird, ist Gegenstand dieser Arbeit.

---

<sup>7</sup> *Agnelli*, in: *Agnelli u. a. (Hrsg.), Die Europäische Sozialcharta*, S. 69 (71); *Hackstein*, *Streikrecht und Aussperrungsfreiheit nach der Regelung des Artikel 6 Nr. 4 der Europäischen Sozialcharta*, S. 4 m. w. N.; *Kitz*, in: *MPI (Hrsg.), Die Koalitionsfreiheit des Arbeitnehmers*, S. 1073 (1086); *Papadatos*, *Journal der internationalen Juristen-Kommission* 1966, 237 (243 f.); *Pischel*, *Die Bedeutung der europäischen Sozialcharta für das Recht in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 2 f., 5; *Rieber*, *Europäische Sozial-Charta*, S. 6 f.; *Schambeck*, *Grundrechte und Sozialordnung*, S. 54 f.; *Wiebringhaus*, *ILR* 84, 354 (355 f.); *Wiese*, *GYIntL* 1973, 328 (350).

<sup>8</sup> 2250 Seiten in fünf Bänden, abrufbar unter <https://www.coe.int/en/web/european-social-charter/preparatory-work>, zuletzt abgerufen am 25.4.2019.

<sup>9</sup> *Berenstein*, in: *Agnelli u. a. (Hrsg.), Die Europäische Sozialcharta*, S. 15 (54); *Cottier*, *Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der europäischen Sozialcharta*, S. 61; *Papadatos*, *Journal der internationalen Juristen-Kommission* 1966, 237 (266).

<sup>10</sup> SEV Nr. 163.

<sup>11</sup> *Papadatos*, *Journal der internationalen Juristen-Kommission* 1966, 237 (243); *Schambeck*, *Grundrechte und Sozialordnung*, S. 39; *Schnorr*, *Das Arbeitsrecht als Gegenstand internationaler Rechtsetzung*, § 1 I; *Valticos*, in: *Kahn-Freund/Hepple (Hrsg.), International Encyclopedia of Comparative law*, Bd. XV, Chapter 1, Rn. 2.

<sup>12</sup> *Beschwerde* 123/2016 Rn. 38; *Länderbericht X Art. 5 Dänemark Dissenting Opinion Fabricius; Gamillscheg*, *Kollektives Arbeitsrecht*, Band I, § 1 I; *Höpfner*, *Die Tarifgeltung im Arbeitsverhältnis*, S. 48 ff., 227 f.; *Sengenberger*, in: *BMAS/BDA/DGB (Hrsg.), Weltfriede durch soziale Gerechtigkeit*, S. 55 (55 ff.).

<sup>13</sup> *Langille*, *JWT* 31 (1997), 27 (37 ff.); *Valticos*, in: *Kahn-Freund/Hepple (Hrsg.), International Encyclopedia of Comparative law*, Bd. XV, Chapter 1, Rn. 4 ff.

<sup>14</sup> Teil I Nr. 5 der Europäischen Sozialcharta, SEV Nr. 35; ebenso Teil I Nr. 5 der Revidierten Europäischen Sozialcharta, SEV Nr. 163.

<sup>15</sup> Teil I Nr. 6 der Europäischen Sozialcharta; ebenso Teil I Nr. 6 der Revidierten Europäischen Sozialcharta.

## B. Stand der Forschung und Gang der Untersuchung

Mit der Überwachung der Einhaltung der Rechte aus der ESC und der RESC ist das Europäische Komitee Sozialer Rechte (EKSR) betraut. In dieser Funktion hat es in zahlreichen Stellungnahmen die Inhalte der ESC und RESC näher umrissen. Diese fanden allerdings bisher wenig Beachtung in der arbeitsrechtswissenschaftlichen Diskussion. In Gesamtdarstellungen der ESC oder RESC werden die Vorschriften zum kollektiven Arbeitsrecht aufgrund der Fülle der geschützten Rechte nicht umfassend behandelt.<sup>16</sup>

Liegt der Schwerpunkt einer Untersuchung auf dem kollektiven Arbeitsrecht, werden ESC und RESC aufgrund der Vielzahl der einschlägigen völkerrechtlichen Verträge nicht in der Tiefe analysiert.<sup>17</sup> Lediglich zum Arbeitskampfrecht existieren ausführlichere Beiträge, die sich aber zumeist auf für die deutsche Rechtslage relevante Aspekte beschränken.<sup>18</sup> Eine vollständige und systematisierende Darstellung des Schutzes des kollektiven Arbeitsrechts durch die ESC und RESC existiert

---

<sup>16</sup> Aus dem jüngeren Schrifttum: *Neubeck*, Die Europäische Sozialcharta und deren Protokolle; *Sommerrmann*, Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarates; aus der älteren Literatur; *Böhm*, Europäische Sozialcharta; *Cottier*, Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der europäischen Sozialcharta; *Isele*, Die Europäische Sozialcharta; *Pischel*, Die Bedeutung der europäischen Sozialcharta für das Recht in der Bundesrepublik Deutschland; aus dem fremdsprachigen Schrifttum bspw. *Bruun/Lörcher/Schömann/Clauwaert* (Hrsg.), The European Social Charter and the Employment relation; *de Schutter* (Hrsg.), The European Social Charter; *Harris/Darcy*, The European Social Charter; *Mikkola*, Social human rights of Europe; *Samuel*, Fundamental social rights; *Świątkowski*, Charter of Social Rights of the Council of Europe; *ders.*, Labour Law.

<sup>17</sup> Vgl. die punktuellen Ausführungen bei *Arleth*, Das Recht kirchlicher Arbeitnehmer auf Streik, S. 206–208; *Demir*, in: Pärli (Hrsg.), Arbeitsrecht im internationalen Kontext, S. 139–143; *Frowein*, Zur völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Gewährleistung der Aussperrung, S. 10–17; *Hartmann*, Negative Tarifvertragsfreiheit im deutschen und europäischen Arbeitsrecht, S. 244; *Katerndahl*, Tarifverhandlung und Streik als Menschenrechte, S. 202–206; *Kitz*, in: MPI (Hrsg.), Die Koalitionsfreiheit des Arbeitnehmers, S. 1073–1098; *Klein*, Das Kollektivvertrags- und Streikrecht für Beamte in privatisierten Unternehmen, S. 108–119 sowie S. 281–283; *Lauer*, Das Recht des Beamten zum Streik, S. 162–164; *Mett*, Das Streikrecht im öffentlichen Dienst, S. 81–95; *Rüthers*, Rechtsprobleme der Aussperrung, S. 14–19; *Scholz/Konzen*, Die Aussperrung im System von Arbeitsverfassung und kollektivem Arbeitsrecht, S. 61–63; *Seiter*, Streikrecht und Aussperrungsrecht, S. 129–139; *Steffens*, Die negative Koalitionsfreiheit im europäischen und internationalen Recht, S. 80–86; *Witter*, Europarechtliche Aspekte des Streikrechts, S. 42–60.

<sup>18</sup> *Buchholtz*, Streiken im europäischen Grundrechtsgefüge; *Bünnemann*, The compatibility of the prohibition of political strikes with international and EU labour law; *Dumke*, Streikrecht i. S. des Art. 6 Nr. 4 ESC und deutsches Arbeitskampfrecht; *Fabricius*, Streik und Aussperrung im internationalen Recht; *Hackstein*, Streikrecht und Aussperrungsfreiheit nach der Regelung des Artikel 6 Nr. 4 der Europäischen Sozialcharta; *Hohn*, Streikrecht und Aussperrungsrecht; *Mitscherlich*, Das Arbeitskampfrecht der Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Sozialcharta; *Reinbach*, Das gewerkschaftliche Streikmonopol; aus dem jüngeren englischen Schrifttum *Świątkowski*, in: Countouris/Freedland (Hrsg.), Resocialising Europe in a Time of Crisis, S. 390.